

FREIE SICHT

Korruption ist faule Politik

REINER EICHENBERGER

Bestechung von politischen Entscheidungsträgern war in der Schweiz bisher relativ selten. Nun aber droht sie zum Massenphänomen zu werden, wenn auch unter netteren Namen. Die Wähler als wichtigste Entscheidungsträger sollen dank «Kompensationen» und «ausgewogenen Lösungen» ansonsten wenig überzeugende Vorlagen annehmen.



Bei der Altersvorsorge, wo infolge steigender Lebenserwartung die Ausgaben gesenkt und die Einnahmen erhöht werden müssten, wollte die Mehrheit unserer Politiker die entscheidenden Wählerstimmen mit einer allgemeinen AHV-Rentenerhöhung von monatlich 70 Franken erwirken – wobei die Mehrausgaben das Reformziel direkt unterlaufen hätten.

Bei der Unternehmenssteuer, wo die bisherigen Steuervergünstigungen für speziell mobile Unternehmungen nicht mehr zulässig sind und deshalb die Unternehmenssteuern allgemein gesenkt werden müssen, wollen viele Politiker die Zustimmung gewisser Gruppen mit einer Erhöhung des Kindergeldes erwirken – wobei die Mehrausgaben das Reformziel wieder unterlaufen würden.

Beides ist gleich mehrfach schlechte Politik. Erstens waren und sind beide Reformvorlagen nicht überzeugend. Bei der Rentenreform ist das besonders offensichtlich. Die Überalterung ist gar nicht das Problem. Die Menschen werden ja älter, weil sie im Alter gesünder und produktiver werden. Das Problem ist einzig das fixe Rentenalter. Deshalb muss end-

«Die Wähler sind nicht so bestechlich, wie manche Politiker meinen.»

lich das Rentenalter mit zwei Massnahmen klug flexibilisiert werden: Wer frühzeitig entscheidet, länger zu arbeiten und die Rente aufzuschieben, sollte nicht in ferner Zukunft eine höhere Rente erhalten, sondern sofort tiefere Beitragssätze zahlen müssen. Zudem müssen die Steuern auf Arbeitseinkommen im Rentenalter gesenkt werden. Beides würde ohne Zwang viel Altersarbeit und so höhere Staatseinnahmen bringen, mit denen die Renten gesichert werden könnten.

Zweitens sind die «Kompensationen» reformwidrig: Erstens verteilen sie Geld mit der Giesskanne, statt gezielt den wirklich Bedürftigen zu helfen. Zweitens beruhen sie auf Mehrausgaben, statt die Bedürftigen von Steuern und Abgaben zu entlasten. Die Mehrausgaben bringen letztlich sogar eine höhere Abgabenlast. Für so viel Ineffizienz gibt es nur eine Entschuldigung: Die Kompensationen sollen ja gar nicht sozial sein, sondern eine Mehrheit bringen. Dafür muss man nicht Bedürftige schadlos halten, sondern diejenigen, die an die Urne gehen.

Drittens sind die Kompensationsversuche plump und kaum wirksam. Die Wähler sind nicht so bestechlich, wie manche Politiker meinen. Viele sehen die Kompensationsversuche als untrüglisches Zeichen dafür, dass die Reformvorschläge schwach sind und die angestrebten Ziele nicht erreichen. So direkt kompensieren muss nur, wer keine überzeugenden Vorschläge hat und wenig glaubwürdig ist.

In dieser Kolumne schreiben «Handelszeitung»-Chefökonom Ralph Pöhner sowie Monika Roth, Professorin und Rechtsanwältin, Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse, und Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik Universität Freiburg.

► FREIE SICHT

Alle Kolumnenbeiträge im Internet:
handelszeitung.ch/freiesicht